

»» Mexiko ringt um Wachstum und Fortschritt



Nr. 125, 2. Februar 2017

Autorin: Dr. Katrin Ullrich, Telefon 069 7431-9791, research@kfw.de

Sowohl auf die Wahl Trumps zum US-Präsidenten im November 2016 als auch auf die Ankündigung des Automobilherstellers Ford, Pläne für ein neues Werk in Mexiko zu verwerfen, reagierte der Peso mit einer deutlichen Abwertung. Diese Ereignisse kommen zu dem schon seit Mitte des Jahres 2014 andauernden Abwertungstrend hinzu. Die engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Mexiko und den USA lassen erwarten, dass der Peso auch weiterhin sensibel auf Nachrichten und Ankündigungen möglicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen aus den USA reagieren wird.

Konjunktur mit deutlichen Risiken

Im Jahr 2016 fällt die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit voraussichtlich rd. 2 % unbefriedigend aus. Vor allem im zweiten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung nur moderat zu, geschuldet einer schlechten Exportentwicklung und einer schwachen Investitionstätigkeit. Das dritte Quartal brachte mit 2 % im Vorjahresvergleich einen etwas besseren Wert.

Der Wirtschaftspolitik blieb kaum Spielraum für konjunkturstützende Maßnahmen. Die Zentralbank sah sich abwertungsgetriebenen Inflationserhöhungen gegenüber, sodass sie den Leitzins von 3,25 % Ende 2015 auf aktuell 5,75 %

an hob. Zugleich sind zur Begrenzung des Budgetdefizits Kürzungen der staatlichen Ausgaben notwendig, die bis zum Jahr 2018 einen deutlich negativen Fiskalimpuls erwarten lassen.

In diesem Jahr wird selbst die konjunkturelle Dynamik des Vorjahres wohl nicht wieder erreicht. Der IWF hat seine Wachstumsprognose im Vergleich zum Oktober 2016 um jeweils 0,6 Prozentpunkte auf 1,7 % für dieses und 2,0 % für nächstes Jahr reduziert. Denn die Finanzierungsbedingungen ziehen an und das Investitionsklima leidet unter der unsicheren Entwicklung von Handel mit sowie Direktinvestitionen und Rücküberweisungen aus den USA.

Mögliche Abweichungen von der Prognose werden entsprechend vor allem von den USA bestimmt. Denn die Industrieproduktion in Mexiko und den USA verlaufen parallel. Für sich genommen werden vom angekündigten Konjunkturprogramm der USA daher auch positive Impulse für die mexikanische Konjunktur erwartet.

Dem stehen Trumps Initiativen und Ankündigungen im Handels- und Direktinvestitionsbereich entgegen. Spätestens seit im Jahr 1994 die NAFTA in Kraft getreten ist, haben die USA mit zuletzt rd. 80 % der mexikanischen Warenausfuhr

ihre Stellung als Hauptexportpartner zementiert. Würde das Freihandelsabkommen bspw. neu verhandelt, dürfte dies den bestehenden grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten nicht förderlich sein. Mexiko mit einem Offenheitsgrad von 73 % (Exporte plus Importe im Verhältnis zum BIP) wäre von Handelshemmnissen deutlich betroffen.

Reformen wirken erst langfristig

Die seit dem Jahr 2012 in Gang gesetzten Strukturreformen stellen kein kurzfristiges Konjunkturprogramm dar, sondern werden in vielen Bereichen erst längerfristig wirken. Dies liegt zum einen in der Natur der Sache; so müssen z. B. die von der Bildungsreform betroffenen Schüler erst in den Arbeitsmarkt eintreten. Zum anderen müssen die beschlossenen Verfassungsänderungen in Sekundärrecht übertragen werden. Die Reformen umfassen zudem nicht nur die Wirtschaft, sondern auch eine demokratische Staatsführung, Recht und Sicherheit sowie den Kampf gegen Korruption.

Der geld- und fiskalpolitische Rahmen bietet die Voraussetzungen, die mexikanische Wirtschaft in der kurzen bis mittleren Frist zu stabilisieren. Auf die lange Frist geben die aktuellen Entwicklungen einen Anstoß, über eine stärkere Diversifizierung von Mexikos außenwirtschaftlichen Beziehungen nachzudenken. ■

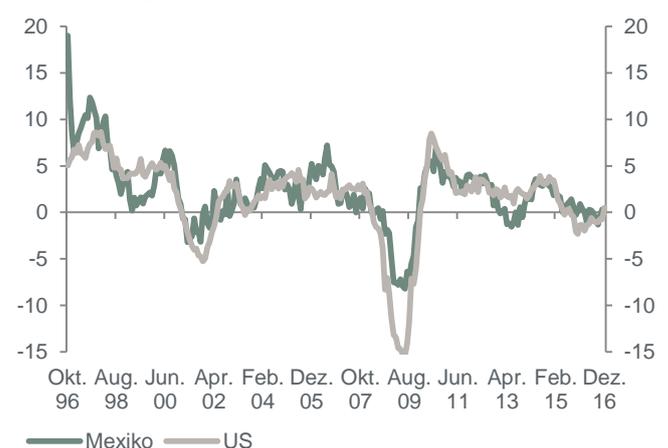
Grafik 1: BIP-Komponenten

(Veränderung ggü. Vorjahresquartal in Prozent)



Grafik 2: Industrieproduktion

(Veränderung ggü. Vorjahresmonat in Prozent)



Quelle: OECD.

Hinweis: Dieses Papier gibt die Meinung der Autoren wieder und repräsentiert nicht notwendigerweise die Position der KfW.

Quellen: Thomson Reuters Datastream; INEGI, Federal Reserve.

Quellen: Thomson Reuters Datastream; INEGI, Federal Reserve.